

Über den Standort der „Standort-Debatte“

Harte Zeiten provozieren ernste Fragen: Geht es „uns“ schlechter oder besser als den anderen? Was machen „die“ richtig, wir falsch oder umgekehrt? Derartige Vergleiche haben die deutsche Nachkriegsgeschichte begleitet. Grob unterscheiden lassen sich dabei drei Phasen:

1. Am Anfang stand die Ära der „systemischen“ Überlegenheit Westdeutschlands im Vergleich mit dem Schicksal seiner Schwestern und Brüder – ein Privileg, das den Westdeutschen mancherlei Entbehrung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus schmackhaft gemacht hat.
2. Wenn nicht abgelöst, so doch überlagert wurde diese Debatte in den siebziger Jahren vom Lob des „Modells Deutschland“ als eines exemplarischen Weges, mit den industriellen Verwerfungen im Gefolge der „zweiten Weltwirtschaftskrise“ fertig zu werden. Auf sie folgt
3. etwa seit 1980 und bis heute andauernd die sog. „Standort-Debatte“ i.e.S. – konzentriert auf die Frage, ob West- resp. Gesamtdeutschland für unternehmerische Aktivitäten noch ein fruchtbarer Boden sei (verglichen etwa mit den USA, Japan, Südkorea, Taiwan oder neuerdings Polen, Ungarn, Tschechien), wenn es weiter am guten Leben festhalte.

Innerhalb der drei Phasen ist es zu zwei großflächigen Verschiebungen gekommen. Einmal hat sich der Qualitätsmaßstab sukzessive verändert. Diente dafür in den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ (Phase I) vor allem die *massenhafte Lebensqualität*, so verschob sich später (Phase II) der Standard hin zum *staatlichen Krisenmanagement* – Deutschland diene (nicht nur im eigenen Verständnis) anderen Nationen als „Modell“ dafür, wie durch politisch-administrative Strategien des gesellschaftlichen Strukturwandels die „Modernisierung der Volkswirtschaft“ auf sozialverträgliche, ja -produktive Weise gesteuert werden könne. Die jüngere Entwicklung (Phase III) ist schließlich dadurch gekennzeichnet, daß *ökonomische Produktionsbedingungen* ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken: Sind unsere Löhne zu hoch? Wird zu wenig gearbeitet? Ist der technische Fortschritt unnötig blockiert? – Solche und ähnliche Fragen stehen seitdem im Vordergrund.

Zweitens hat es einen ziemlich abrupten Wandel der Stimmungslage gegeben: Waren die beiden ersten Phasen von einem mehr oder minder gebremsten Optimismus markiert (am „deutschen Wesen“ hätte fast schon wieder die Welt genesen können, jedenfalls wirtschaftlich), so wird in der Debatte um den „Standort Deutschland“ ein tiefer Pessimismus zur Schau getragen: hierzulande herrschen „sklerotische“ Verhältnisse, hieß und heißt es, deretwegen eine „Revitalisierung“ ökonomischer Widerstandskräfte zusehends schwerfalle. Darüber hinaus leide das Land unter einem verbreiteten Illusionismus, der den Menschen einflöße, einmalige Kraftakte – dieser oder jener Lohnverzicht, diese oder jene Zeitflexibilisierung, diese oder jene Betriebsmodernisierung, dieser oder jener Subventionsabbau – würden genügen, um den „Tanker“ endgültig wieder flott zu machen. Kaum daß sie in den Tunnel eingefahren seien, möchten alle schon das Licht am Ende erblicken.

Auf einer Ebene ist diese Standort-Debatte sattem bekannt: dem Lärm, den sie tagtäglich in einschlägigen Verlautbarungen und Zeitungen verbreitet, kann keiner entkommen. Eine andere Dimension wird immer unbekannt bleiben: niemand kann sagen, wieviel denn wirklich „dran ist“ an den Warnungen vor der baldigen Katastrophe, falls nichts geschieht (u.a. deshalb, weil dann ja wirklich etwas Rettendes passiert – „Blut, Schweiß und Tränen“ fließen, Schranken fallen, Gewinne steigen – jedenfalls solange, bis sie wieder sinken). Die folgenden Analysen bewegen sich auf einem drittem Terrain, jenem der geheimen (*Dys-*)*Funktionen* und versteckten (*Anti-*)*Figuren* im rhetorischen Gemenge des Standort-Diskurses.

Sie setzen ganz allgemein bei dem Bewegungsgesetz des *Fortschritts* ein, das den weltweiten Modernisierungsprozeß – anscheinend endlos – am Laufen hält. Zeigen läßt sich dabei, daß in der herrschenden Vorstellungswelt zwei konkurrierende Stränge nebeneinanderherlaufen, ein eher „liberal“ gesinnter, der die technische Kontinuität ins Zentrum stellt, und ein anderer, eher „national“ gestimmter, der auf politische Konkurrenz setzt (*Wolfgang Fach*).

Solche Spannungen begleiten, wie eine historische Erkundung verdeutlicht (*Rainer Koch*), besonders die *deutsche Debatte* seit ihren Anfängen: wobei die Vereinbarkeit von technisch-ökonomischem Selbstlauf (*laisser-faire*) und national-staatlicher Rason in den Köpfen dadurch hergestellt worden ist, daß man den freien Markt nicht als natürliches Ordnungsprinzip, sondern als strategisches Politikinstrument betrachtet hat, eingesetzt bei Bedarf, aber auch wieder aus dem Verkehr zu ziehen.

Derartige Hoffnungen auf einen *souveränen Staat*, ausgestattet mit

überlegener Eingriffsrationalität und „überwältigendem“ Handlungsrepertoire, sind heute weitgehend geschwunden. Schon daß wir nichts mehr dabei finden, ein „ganzes“ Land auf seine Qualität als Standort zu reduzieren, zeugt davon, wie sehr sich politisch die Gewichte vom Staat hin zur Wirtschaft verschoben haben. Diese praktische Entzauberung des Leviathan findet ihre wissenschaftliche Entsprechung in der „Dezentrierung“ der Macht, die von der avantgardistischen Systemtheorie vorgekommen wird – mit offenen, potentiell apokalyptischen Folgen (*André Debüser*).

Trost bietet in dieser Lage eine (bei uns) fast vergessene Alternative: die *Gemeinschaft*. So gesehen kommt es nicht von ungefähr, daß, ausgehend von Amerika, der „kommunitaristischen“ Nation *par excellence*, wie wir seit Tocqueville wissen, eine (zumindest programmatische) Renaissance der *little platoons* – Familie, Vereine, Kirchen, Gemeinden etc. – stattfindet, die inzwischen auch Europa philosophisch überschwemmt. Zwar wehren sich viele Modernisierungspropheten hierzulande wie anderswo gegen das „Menscheln“, weil sie darin eine Gefährdung ihrer Pläne sehen; dagegen läßt sich auch und gerade am „Original“ zeigen, daß das Gefühl durchaus eine Produktivkraft sein kann (*Annette Ringwald*).

Von spezifischen Verengungen des ökonomischen – und technischen – Blicks handeln auch die beiden folgenden Studien. Die eine (*Frank Geißler*) befaßt sich mit der Politisierung des *Risikos*, die hierzulande verbreiteten Klagen zufolge den industriellen Fortschritt behindere, das wirtschaftliche Wachstum gefährde und überhaupt unter allgemeinen Kosten-Nutzen-Aspekten verhängnisvoll sei. Andererseits gibt es Anzeichen dafür, daß Rationalität mit Geschwindigkeit nicht ohne weiteres zusammenfällt und Verzögerungen sich auch wirtschaftlich auszahlen können.

Die andere Analyse befaßt sich mit der Rolle einer besonderen, für viele Beobachter besonders gefährlichen „Gemeinschaft“: den *Gewerkschaften*. Hier dominiert die Angst vor einem kollektiven Verweigerungspotential, das von privilegierten Arbeitsplatzbesitzern rücksichtslos eingesetzt werde, um Standort-Anpassungen, die – zwangsläufig – ihre Besitzstände antasten, mit aller Macht zu verhindern. Komplementär und widersprüchlich dazu frohlocken dieselben Kreise über das nahe Ende der modernisierungsfeindlichen Gewerkschaftsbewegung. Genauer betrachtet scheint keinerlei Dramatisierung angebracht – die Gewerkschaften werden standortgemäß mutieren (*Gernot Borriss*).

Der abschließende Artikel (*Hartmut Elsenhans*) vollzieht – anhand eines ideologischen Arguments – den endgültigen Übergang von der

Rhetorik- zur Realanalyse. Am Beispiel des notorischen *Lohnverzicht*-Mottos zeigt sich, daß die Diskurse zumindest nicht für sich beanspruchen können, durchdachte Kausalitäten unters Volk zu bringen. Daß „unsere“ Lage sich bessern würde, falls „wir“ bereit wären, den Gürtel enger zu schnallen, erweist sich als eine falsche Binsenweisheit. Zugespitzt formuliert: Lohnverzicht senkt Lohnkosten, alles andere ist unsicher. Auch an niedrigen Löhnen besteht natürlich ein dauerhaftes Interesse – es mag im speziellen Fall erklären, warum Standort-Debatten gegen „Sachargumente“ so immun sind wie „Säufernaturen“ gegen die guten Worte der Heilsarmee.

Wolfgang Fach